Nr. 93 21. Jahrg.

Fernsprecher:
Redaktion 32723 — Geschäftsstelle 32722
Postscheckkonto: Dresden Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Sonnabend, 22. April 1922

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Bezugspreis: Vierteljährlich frei ins Haus 39 M. zweimonatlich 21.50 M. monatlich 11 M. Einzelnummer 80 ₰.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint wöchentlich sechsmal.
Sprechstunde der Redaktion: 5—6 Uhr nachm. Nicht ausdrücklich zurückverlangte und mit Rückporto nicht versehene Einsendungen an die Redaktion werden nicht aufbewahrt.

Anzeigenpreis: Die eingespaltene Petitzeile 4 M. für Familien- und Vereinsanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 3.50 M. Die Petit-Reklamezeile im redaktionellen Teil, 89 mm breit, 15 M. Für Inserate mit besonderer Plazierungsvorschrift auf obige Preise 25 Prozent Zuschlag. Offertengebühr: für Selbstabholer 1 M., bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag.
Für undeutlich geschriebene sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vormittags. — Annahmestellen in Dresden: Schmidtsche Buchhandlung, Inhaber P. Beck, Schloßstraße 5, in Bautzen: Franz Kurtat, An der Petristraße 4

Unsere heutige Nummer umfaßt 4 Seiten und die Beilage „Feierabend".

Tagesschau

Poincaré übersandte den alliierten Regierungen, der kleinen Entente und Polen Noten, worin er sie bittet, sich Frankreich anzuschließen, damit die Frage des deutsch-russischen Vertrages von der Botschafterkonferenz geregelt werde.

Nach einer Sondermeldung der „Leipziger Neuesten Nachrichten" sind die von der Entente ausgestreuten Nachrichten, Deutschland ziehe den Vertrag mit Rußland zurück, falsch, die deutsche Regierung werde fest bleiben. Rathenau erklärte Schanzer gegenüber, daß Deutschland keinesfalls auf den Vertrag verzichte.

Der von der Elternschaft dreier evangelischer Schulen in Neukölln beschlossene Streik hat nach den Osterferien eingesetzt. Von 2500 Kindern erschienen am Donnerstag nur wenige, die von Streikposten wieder nach Hause geschickt wurden.

Das sächsische Finanzministerium wird die Räume des Dresdner Residenzschlosses, vor allem die Sammlung Altmeißner und chinesischen Porzellans zur Besichtigung freigeben.

Wie Kapp bei seiner Festnahme in Saßnitz erklärt hat, rechnet er mit der Selbstgestellung des Generals Lüttwitz und der übrigen Mitschuldigen des Kapp-Putsches.

Schlesiens Not

Von Dr. Herschel, M. d. R.

Wie eine lange schmale Zunge springt unsere liebe Heimat Schlesien weit hinein in slawisch Land und Volk. Scharf trennt es die Polen im Osten von den Tschechen im Westen. Seit der fränkischen Siedlung und der Bewidmung mit sächsischen Stadtrechten stand es, mit wechselnden Schicksalen zwar, aber doch unerschütterlich deutsch wie ein Fels in der Völkerbrandung. Auf diesem vorgeschobenen Bollwerk hielt man treue Grenzwacht im Südosten des Reiches.

Von altersher zeigt die Zunge dem Kundigen Krankheit oder Gesundheit des Körpers. So spiegelt sich in Schlesiens Geschick heute die Not des ganzen Vaterlandes. Ja, man erkennt sie wohl hier noch schneller und schärfer als anderswo.

Was der kranke Körper schlucken muß, Süßes und Bitteres, meist solches freilich, fühlt die Zungenspitze am stärksten. Das ist Oberschlesien, das Ende der deutschen Halbinsel. Da schlagen die slawischen Wellen am wildesten heran.

Was hat das Land nicht alles erfahren und leiden müssen in den letzten Jahren. Was steht ihm nicht vielleicht noch alles binnen kurzem bevor? Mit ihm leidet die ganze alte geschichtlich und im Volksbewußtsein zusammengehörige ehemalige Provinz Schlesien, durch sie und mit ihr der verstümmelte Körper Deutschland.

Im Kriege trug die Heimat dieselben schweren Lasten wie jeder andere Teil des Reiches, jedoch größere Gefahr, weil sie vor den Tatzen des russischen Kolosses mit ihrer reichen Industrie lag. Aber keines Feindes Fuß betrat sie. Nur als Gefangene brachte man viele ein von allen Schlachtfeldern. Wie durch ein Wunder blieb der heilige Boden der Heimat unversehrt.

Ihr Sonderleid begann erst nach Waffenstillstand und Frieden, die anderen als den besetzten Gebieten immerhin Erleichterungen brachten. Für Oberschlesien kam nun eine Zeit schwerster Prüfung. Sie war um so schwerer, weil alles, was man uns antat, stets mit schönen Worten verbrämt wurde. Die wahre Gesinnung und die Taten standen in schreiendem Gegensatz zu ihnen. Selten wird politische Heuchelei größere Triumphe gefeiert haben als hier und damals.

Ende Juni 1919 riß man schon rechts und links Stücke aus der zuckenden Zunge beim Friedensschlusse. Trotz des Selbstbestimmungsrechtes, das man doch wohl vorher allen Nationen feierlich versprochen hatte, nahm man ohne, ja gegen den Willen der Bevölkerung das Hultschiner Land im Südwesten fort und gab es den Tschechen. Aber Land und Leute blieben treu. Sie fühlen sich weiter als vergewaltigte Deutsche. Das zeigt namentlich ihre Haltung gegen die Tschechisierung der Schulen noch in jüngster Zeit und ihr Zusammenschluß zu einem deutschen Bunde.

Aehnlich ging es Teilen der Kreise Groß-Wartenberg und Namslau mit dem unglücklichen Städtchen Reichtal und Umgebung im Nordosten. Alle Proteste und Bitten, selbst der Schrei der Verzweiflung und Wut des Volkes verhallten unerhört. Die Selbstbestimmung zeigte sich hier darin, daß die Polen selbst bestimmten und bekamen, was sie haben wollten. Die unglücklichen Bewohner haben sogar wieder eine gerechte Grenzregulierung verlangt. Natürlich vergeblich. Aber auch sie sind treu geblieben.

Der November 1919 brachte Oberschlesien schon starken polnischen Terror bei den Gemeindewahlen, namentlich auf dem platten Lande. Freilich wurde es schlimmer bei der Volksbefragung 1921, wo er sich zu einem völkerrechtlichen Skandal auswuchs.

Ueber die Besatzungszeit vor und nach der Abstimmung schweigen wir lieber. Eine „Aera der Freiheit und Gerechtigkeit" sollte sie werden. Nach Tisch las mans aber ganz anders. Grenzenlose Enttäuschung hatte Oberschlesien allmählich befallen. Die drei furchtbaren Aufstände hatten mit ihrer Begünstigung durch die maßgeblichen Franzosen alles Vertrauen in eine unparteiische Verwaltung vernichtet. Autorität, Zucht und Ordnung waren dahin. Es war eine Zeit voll von Blut, Flüchen und Tränen. Man denke nur an den Brand von Anhalt, den Mord von Josefstal, die Prügelstationen im Ewaldschacht und andere Polengreuel, die Leute waren korrumpiert. Enormer Sachschaden wurde angerichtet. Eben hat die Interalliierte Kommission den Ersatz dafür abgelehnt. Trotzdem sie die Mittel hatte, ihn zu verhindern, hatte sie es unterlassen. Wiedergutmachung fordert man von Deutschen fortwährend, gewährt sie ihnen aber nicht. Statt eines freien und versöhnten Volkes sehen wir heute ein bedrücktes und verhetztes in Oberschlesien.

Die schlimmsten Befürchtungen für Genf sind durch die eben gemeldete Einigung über die Liquidation gemildert. Aber werden die Polen die Abmachung ihrer Unterhändler dauernd achten? Manche Erfahrung spricht dagegen. Auch gelang es uns nicht, alles durchzusetzen, wenn unseren Vertretern für den Erfolg auch gedankt werden muß. Wenn nur nichtdeutsche Großindustrie nach 15 Jahren vor Liquidation geschützt ist, so wird die Ueberfremdung mit Auslandskapital im Abtretungsgebiete natürlich noch wachsen, — sofern dies noch möglich ist. —

Größer als diese künftige ist die nächste Sorge der Bevölkerung um ihre Sicherheit. Daß sie begründet ist, zeigt das Verbot der J. K. für alle Demonstration vom 1.—3. Mai. Man traut auch dort dem Frieden nicht.

Eine Kennzeichnung des Genfer Diktats bringt Zeitungsverbote im besetzten Gebiet, wie das Schicksal der Oppelner Nachrichten beweist. Also lassen wir sie. Jeder beurteilt den Spruch doch richtig.

Das unbesetzte Schlesien leidet Not unter diesen Verhältnissen des Abstimmungsgebietes. Die Stadtverordneten in Breslau haben sich wiederholt mit der furchtbaren Teuerung befaßt, die die Hauptstadt drückt. Stets wurde, und mit vollem Recht, betont, daß Oberschlesiens Schicksal darauf wie auf so manches andere von größtem Einfluß ist. Der Flüchtlingszustrom vermehrt nicht nur das Wohnungselend, er verändert auch alle sonstige Lebenshaltung der Eingesessenen. Das gleiche gilt von den meisten schlesischen Orten. Es ist in Wahrheit „bedrohtes Gebiet". Man hat ja überall das Gefühl trügerischer Ruhe vor einem großen Sturme. Der Winter ist vorüber, Frühling und schönes Wetter erhöhen die Putschgefahr an sich.

Eben kam als Osterzuruf der Entente die Ablehnung der deutschen Reparationsnote. Sie trifft uns in Schlesien besonders schwer. Eine Erhöhung der Steuerlast ist unmöglich. Steigen die Preise noch weiter, so sind Unruhen kaum abzuwenden, namentlich nicht im Abstimmungsgebiete. Das möchte die Entente bedenken.

Deutsche Volksgenossen im Reiche, vergeßt Eure Brüder und Schwestern in Schlesien nicht. Die Zunge Deutschlands soll es bleiben, nicht aber seine verkrüppelte, brandige und absterbende große Zehe werden. An Euch liegt es wie an uns, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit durch Wort und Tat zu pflegen. Wir glauben an Euch und hoffen auf Euch in Schlesiens bitterer Not.

Die Verhandlungen in Genua ungefährdet

Aus Genua wird uns geschrieben:

Ueber der sogenannten Wirtschaftskonferenz von Genua schwebt das Schild mit der Inschrift: Verboten! Nach dem ersten dekorativen Auftakt hat sich die Konferenz in Kommissionsatome aufgelöst. Hinter verschlossenen Türen und im engeren Kreise kann man ja über manche Dinge offener und rückhaltloser sich aussprechen, als in einer großen Völkerversammlung, bei der jedes Wort auf die Mentalität der beteiligten Völker, auf die Weltmeinung und auf die Völkerpsychologie abgestimmt sein muß.

Daher kommt es auch, daß gerade in denjenigen Kommissionen, die sich mit wirklich praktischen Dingen befassen sollten, man am ehesten und am öftesten an dem Schild: Verboten! sich stieß. Immer dann, wenn man den Dingen auf den Grund gehen wollte, traf man auf die aus der Reparationsfrage wie überhaupt aus dem wirtschaftlichen Problem des Versailler Friedensvertrages sich ergebenden Klippen. So kam es, daß die wichtigste dieser Unterkommissionen, die Finanzkommission, ihre Arbeiten eingestellt hat. Ihr Vorsitzender, der englische Finanzminister Sir Robert Horne, ist von Genua schon wieder abgereist. Aber wenn auch in Genua kein greifbares Resultat aus den Beratungen dieser Kommission herauskam, so ist doch ein bedeutender Beschluß gefaßt worden. Er geht dahin, daß außerhalb Genua und mit tunlichster Beschleunigung sofort nach Abschluß der jetzigen Wirtschaftskonferenz eine neue Valutakonferenz einberufen werden soll. Diese Konferenz soll nicht nur an einem anderen Orte als Genua, sondern auch ganz unabhängig von den in Genua behandelten Fragen und Angelegenheiten abgehalten werden. Man will also ganz offensichtlich von dem Verbot der Behandlung gewisser Fragen, die heute nun einmal den Kern jeder wirtschaftlichen Erörterung ausmachen, freikommen.

Die geplante Valutakonferenz soll sich mit dem gesamten Fragenkomplex befassen, der sich durch die Gestaltung der Valuta in der Welt ergeben hat. Man wird also vor allem die Währungsfrage regeln müssen, bei der es entscheidend darauf ankommt, das Goldfundament, den festen Goldmaßstab, wieder zu schaffen. Damit im Zusammenhange stehen alle Kredit- und Anleihefragen. Das Schuldentilgungsproblem rangiert erst an letzter Stelle. Als Teilnehmer an dieser Welt-Valutakonferenz kommen die Delegierten sämtlicher Notenbanken in Betracht, also sämtliche Banken, die das Recht zur Ausgabe von Banknoten besitzen. An einer solchen Konferenz werden nicht nur die jetzt in Genua vertretenen Länder teilnehmen, sondern es ist ziemlich sichere Aussicht vorhanden, daß auch Amerika durch eine Delegation seiner Federal-Reserve-Bank vertreten ist. Dieses Projekt verdient die ernsteste Beachtung, weil es in der Tat einen aussichtsreichen Versuch darstellt, diese ganzen wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch so wichtigen Fragen, losgelöst von der machtpolitischen Atmosphäre und unbeeinflußt von politischen Interessen und Gegensätzen zu behandeln. An dieser Valutakonferenz würde natürlich in einem ganz besonderen Maße auch Deutschland durch eine Vertretung der deutschen Reichsbank beteiligt sein.

Die heutige Tagesordnung

Genua, 21. April. Am heutigen Freitag treten am Vormittag die erste Unterkommission für Transport- und Eisenbahnfragen, sowie die erste Unterkommission der Wirtschaftskommission zu Sitzungen zusammen. Am Nachmittag tagen die zweite Unterkommission für Wirtschaftsfragen und der Sonderunterausschuß für österreichische Angelegenheiten.

Rathenau über die Notwendigkeit des Vertragsabschlusses

Genua, 20. April. Rathenau empfing den Vertreter des „Corriere della Sera" und erklärte, Deutschland habe den Vertrag nicht vorher unterzeichnet um nicht mit gebundenen Händen nach Genua zu kommen, also gerade aus Loyalität. Als die deutsche Delegation sah, daß die Hauptmächte sich mit Rußland zu verständigen bemühten, ohne Deutschland hinzuzuziehen, fragten wir wiederholt England und Italien, ob das Verständigungsprogramm, auf Grund dessen die Hauptmächte verhandelten, in Hinsicht auf Deutschland verbessert werden könnte; die Antwort lautete ausweichend. Was nun? Sollten wir die Dinge hingehen lassen auf die Gefahr hin, in der Konferenz erklären zu müssen, daß wir dem unter Ausschluß Deutschlands zustande gekommenen Abkommen nicht beitreten könnten? So haben wir uns entschlossen, den längst paraphierten Vertrag zu unterzeichnen. Er beeinträchtigt niemand. Der Verzicht auf die Kriegsschulden ist gegenseitig. Die Interessen und Rechte Dritter sind ausdrücklich vorbehalten. Der Versailler Vertrag bleibt unversehrt. Wir verzichten nicht auf Rechte, die uns zustehen. Illoyal wären wir gewesen, wenn wir die Rechte Dritter ausgeschaltet hätten. England und Italien waren ebenfalls von uns unterrichtet worden und hatten keine Bedenken. Uns schienen sie überzeugt, daß wir eine den Interessen Deutschlands nachteilige Konvention nicht gut hätten unterzeichnen können. Am Schlusse sagte Rathenau: Mit der Unterzeichnung des Vertrages haben wir niemanden zuvorkommen wollen. Was uns bestimmte, war die Not und die Erwägung, daß Deutschlands Interessen vor dem Zusammenbruch ständen, wenn wir nicht Mittel und Wege gefunden hätten, sie zu schützen.

Einverständnis über die deutsche Antwort

Genua, 21. April. Der Zwischenfall, der mit dem deutsch-russischen Vertrag, nicht durch ihn heraufbeschworen worden war, ist aus der Welt geschafft. Die Ueberreichung der deutschen Antwortnote, die am heutigen Freitag erfolgen wird, wird nur noch die Bedeutung einer Formalität haben, denn der wichtigste Inhalt ist den Alliierten bereits seit den ersten Nachmittagsstunden des Donnerstag bekannt und auch der endgültige Text wird ihnen vor der offiziellen Uebermittlung bekanntgegeben werden.

Der Inhalt der deutschen Note

Genua, 21. April. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, wird die deutsche Note an die Alliierten am heutigen Freitag früh überreicht werden, welche folgenden Inhalt hat: Deutschland überläßt es den Alliierten, ohne Deutschlands Zutun die Verhandlungen mit Rußland weiterzuführen und diejenigen Fragen zu regeln, die im deutsch-russischen Vertrage geregelt wurden. Bei jeder russischen Frage aber, die darüber hinausgeht, besonders in russischen Zukunftsfragen, wird Deutschland nach wie vor in den Kommissionen mitarbeiten. Die Regelung dieser Fragen ist mit den Alliierten besprochen, die Einigung daher gesichert. Demnach haben die Alliierten auf die noch am Mittwoch verlangte Annullierung oder Verlage des Vertrages zwecks Genehmigung oder stillschweigender Beseitigung unseres Vertrages verzichtet.

Presseempfang bei Lloyd George

Genua, 20. April. Heute nachmittag empfing Lloyd George sämtliche Pressevertreter im Konferenzsaale des Palazzo de San Giorgio, erklärte dabei unter anderem, er glaube, daß nichts mehr der ruhigen Arbeit der Konferenz im Wege stehen werde. Die deutsche Delegation werde eine ausreichende Antwort auf die Alliierten-Note geben und von dieser werde es abhängen, ob die Deutschen entweder den Vertrag annullieren oder ob sie sich von den weiteren Verhandlungen der Konferenz mit den Russen zurückziehen werden. Er wolle nicht große Worte machen, wolle jedoch noch einmal konstatieren, daß das Vorgehen der Deutschen illoyal sei. Er glaube aber nicht, daß die Russen und Deutschen die Konferenz absichtlich hätten sabotieren wollen. Sie hätten eben einen Fehler gemacht. Rußland und Deutschland müssen Mitglieder des Völkerbundes werden. Sie müssen zu einem Pakt kommen und dieser Pakt solle den allgemeinen Frieden und die Wiederherstellung Europas sichern. Man vermutet, daß durch diese Besprechung die Deutschen in der Abfassung der Antwortnote beeinflußt werden sollten.

Die Arbeiten der Kommissionen abgeschlossen

Genua, 21. April. Die politische Lage auf der Konferenz nimmt das allgemeine Interesse in so hohem Maße in Anspruch, daß für die Verhandlungen der Kommissionen kaum noch Aufmerksamkeit übrig bleibt. Gerade gegenüber der politischen Zuspitzung ist es aber zu betonen, daß trotz allem die Kommissionen in den letzten Tagen sehr stark vorwärts gekommen sind. Insbesondere hat die Hauptkommission dank der Tätigkeit ihrer wissenschaftlichen Expertenkommission ihre Aufgaben bis dato zum Abschluß gebracht. Es fehlt nur noch die Unterkommission für die Kreditfragen, die für Deutschland allerdings von entscheidender Bedeutung ist. Die übrigen Unterkommissionen haben ihre Arbeiten bereits beendet und erstatten jetzt ihre Berichte an die Hauptkommission, die daraufhin einen gemeinsamen Beschluß fassen soll. Mit Genugtuung ist zu verzeichnen, daß es den deutschen Vertretern gelungen zu sein scheint, die wesentlichen Punkte der Lage Deutschlands zur allgemeinen Anerkennung zu bringen.